

Positionspapier zur Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes

Bayerischer Heilbäder-Verband e.V.
Juni/Juli 2026

Heilbäder und Kurorte als tragende Infrastruktur einer wirksamen und zukunftsfähigen Präventionspolitik

Politisches Positionspapier zur Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes

Prävention stärken. Bestehende Gesundheitsstrukturen nutzen.
Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichern. Pflegebedürftigkeit vermeiden. Regionale Wertschöpfung sichern.

Adressat	Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bundesregierung sowie zuständige Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker der Bundespolitik
Absender	Bayerischer Heilbäder-Verband e. V
Ziel	Politische Einordnung und Begründung der systematischen Einbindung staatlich anerkannter Heilbäder und Kurorte in die Präventionspolitik

Executive Summary

Rund elf Jahre nach Inkrafttreten des Präventionsgesetzes am 25. Juli 2015 zeigt sich: Deutschland hat Prävention politisch aufgewertet, nutzt die vorhandenen Potenziale qualitätsgesicherter Gesundheitsstandorte aber noch nicht ausreichend. Staatlich anerkannte Heilbäder und Kurorte sind bislang nicht ausdrücklich als Präventionsstandorte im SGB V verankert.

Heilbäder und Kurorte sind bestehende Gesundheitsstandorte und wichtige Versorgungsanker für Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum. Sie bündeln medizinisch-therapeutische Infrastruktur, natürliche Heilmittel, Reha- und Vorsorgekompetenz sowie regionale Netzwerke und schaffen damit attraktive Rahmenbedingungen für Ärztinnen und Ärzte sowie weitere Gesundheitsberufe.

Der Bayerische Heilbäder-Verband schlägt deshalb vor, Heilbäder und Kurorte im Zuge einer Novellierung des Präventionsgesetzes systematisch in bestehende Präventionsstrukturen einzubinden. Ziel ist nicht die Schaffung neuer Leistungsansprüche, sondern die bessere Nutzung vorhandener Infrastruktur, medizinisch-therapeutischer Kompetenz, natürlicher Heilmittel und regionaler Gesundheitsnetzwerke.

Im Mittelpunkt dieses Positionspapiers steht die Rolle der Heilbäder und Kurorte als Partner für Prävention, Versorgung, Rehabilitation und Kostenstabilisierung im Gesundheitswesen.

Heilbäder und Kurorte sind zugleich ein erheblicher Wirtschaftsfaktor: Sie sichern regionale Wertschöpfung, Beschäftigung und kommunale Einnahmen und stärken insbesondere ländliche Räume. Ihre Einbindung in ein novelliertes Präventionsgesetz ist deshalb nicht nur gesundheits-, sondern auch struktur- und wirtschaftspolitisch geboten.

Die Vorschläge stehen zudem im Kontext der bundesweiten Neuausrichtung des Kur- und Bäderwesens. Heilbäder und Kurorte bündeln ihre Interessen künftig wieder stärker auf Bundesebene und treten mit einer abgestimmten Stimme gegenüber Politik, Kostenträgern und Öffentlichkeit auf.

Kernanliegen: Heilbäder und Kurorte als systemrelevante Präventions- und Gesundheitsstandorte zentrieren in Sozialgesetzgebung, Präventionspolitik und Gesundheitstourismus regionaler Gesundheitsversorgung verankern.

1. Ausgangslage: Prävention braucht einen strukturellen Neustart

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention aus dem Jahr 2015 wurde ein wichtiger gesundheitspolitischer Schritt eingeleitet. Das Gesetz hat Prävention, Gesundheitsförderung, Lebenswelten, betriebliche Gesundheitsförderung und die Nationale Präventionsstrategie erstmals systematischer miteinander verbunden.

Gleichzeitig bleiben vorhandene Strukturen, kurmedizinische Kompetenz, natürliche Heilmittel, qualitätsgesicherte Infrastruktur und regionale Gesundheitsnetzwerke im Präventionssystem unterrepräsentiert. Prävention muss als eigenständige, messbare und verlässlich finanzierte Säule des Gesundheitswesens gestärkt werden - gleichwertig neben Akutversorgung, Rehabilitation und Pflege.

2. Heilbäder und Kurorte als Gesundheitsstandorte im ländlichen Raum

Staatlich anerkannte Heilbäder und Kurorte sind wichtige Gesundheitsstandorte für die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum. Sie halten medizinisch-therapeutische Infrastruktur vor, bündeln Gesundheitskompetenz und können zur Sicherung wohnortnaher Versorgung beitragen. Gerade in Regionen, in denen die Gewinnung und Bindung von Ärztinnen, Ärzten und Gesundheitsberufen zunehmend herausfordernd ist, schaffen Heilbäder und Kurorte attraktive Standortbedingungen:

durch vorhandene Therapie- und Reha-Strukturen, interdisziplinäre Netzwerke, Patientennähe und eine gesundheitsorientierte kommunale Infrastruktur.

Ein besonderer Mehrwert liegt in der schnellen und tragfähigen Vernetzung unterschiedlicher Disziplinen. Ärztliche Versorgung, Physiotherapie, Heilmittel, Bewegungstherapie, Ernährungsangebote, psychische Gesundheitsförderung, Reha-Einrichtungen, Pflegeprävention und kommunale Gesundheitsangebote können in Heilbädern und Kurorten räumlich und organisatorisch eng zusammenwirken. Damit bieten diese Orte gerade im ländlichen Raum eine Vernetzungsqualität, die in dieser Form nicht erst neu aufgebaut werden muss.

3. Heilbäder und Kurorte treffen auf zentrale Volkskrankheiten

Heilbäder und Kurorte sind dort stark, wo Prävention besonders dringend gebraucht wird: bei den großen Volkskrankheiten und Belastungsbildern Deutschlands. Dazu zählen Rücken- und Gelenkbeschwerden, Arthrose, rheumatische und chronisch-entzündliche Erkrankungen, Atemwegserkrankungen, COPD sowie stressbedingte und mentale Belastungen.

Gerade diese Krankheitsbilder verursachen erhebliche Folgekosten durch Arbeitsunfähigkeit, Rehabilitationsbedarf, Erwerbsminderung und Pflegebedürftigkeit. Prävention in Heilbädern und Kurorten ist daher nicht abstrakte Gesundheitsförderung, sondern indikationsbezogene Vorsorge an qualitätsgesicherten Gesundheitsstandorten.

Die besondere Stärke der Heilbäder und Kurorte liegt in der Verbindung natürlicher Heilmittel und therapeutischer Verfahren mit modernen Präventionsangeboten. Dazu zählen insbesondere Thermal- und Mineralbäder, Moor- und Fangotherapie, Soletherapie und Inhalationen, Kneipp- und Hydrotherapie, Klimatherapie, Terrainkuren sowie Bewegungs- und Trainingstherapie.

4. Prävention entlastet Akutversorgung, Rehabilitation und Pflege

Eine wirksame Präventionspolitik ist nicht nur ein eigenständiges gesundheitspolitisches Ziel. Sie entlastet zugleich die nachgelagerten Systeme der Gesundheitsversorgung, der Rehabilitation und der Pflege.

Chronische Erkrankungen, Arbeitsunfähigkeit, Frühverrentung und Pflegebedürftigkeit verursachen erhebliche Folgekosten für Sozialversicherung, Arbeitgeber, Kommunen und Familien. Prävention, die frühzeitig ansetzt, kann dazu beitragen, Erkrankungen zu vermeiden, Krankheitsverläufe abzumildern, Erwerbsfähigkeit zu erhalten und Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern.

Heilbäder und Kurorte sind zudem wichtige Standorte der Rehabilitation. Die dort ansässigen Reha-Kliniken leisten einen Beitrag zur Wiederherstellung und Sicherung von Erwerbsfähigkeit, Teilhabe und Selbstständigkeit. Eine moderne Präventionspolitik sollte Prävention, ambulante Vorsorge und Rehabilitation als zusammenhängende Gesundheitskette verstehen.

5. Vom Heilen zur Vorsorge: regelhaften Präventionspfad etablieren

Das Gesundheitssystem kann dauerhaft nicht allein über Behandlung, Reparatur und Nachsorge stabilisiert werden. Erforderlich ist ein Paradigmenwechsel hin zu Vorsorge, Früherkennung, Prävention und Erhalt von Arbeits- und Selbstständigkeit. Auch auf Seiten der Kostenträger wächst die Erkenntnis, dass Prävention und Vorsorge deutlich gestärkt werden müssen, um die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens langfristig zu sichern.

Der Bayerische Heilbäder-Verband regt deshalb an, einen verbindlicheren Präventionspfad zu prüfen: Versicherte sollten regelmäßig einen niedrighschwelligen hausärztlichen Präventionsstatus erhalten. Werden dabei individuelle Präventionsbedarfe festgestellt, sollte eine gezielte Weiterleitung in qualitätsgesicherte Angebote erfolgen können – insbesondere in staatlich anerkannten Heilbädern und Kurorten, wenn diese aufgrund ihrer Indikation, Infrastruktur und Prädikatisierung geeignet sind.

6. Bundesweite Bündelung der Interessen als politisches Signal

Die Vorschläge des Bayerischen Heilbäder-Verbandes stehen im Kontext einer bundesweiten Neuausrichtung des Kur- und Bäderwesens. Heilbäder und Kurorte in Deutschland bündeln ihre Interessen künftig wieder stärker auf Bundesebene und treten mit einer abgestimmten Stimme gegenüber Politik, Kostenträgern und Öffentlichkeit auf.

Diese gemeinsame Agenda unterstreicht die gesundheitspolitische Bedeutung der Heilbäder und Kurorte. Zentrale Anliegen sind die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im Rahmen der Fortschreibung des Präventionsgesetzes, die Verankerung des Kurorte- und Bäderwesens als systemrelevante Präventionszentren, die Verbesserung finanzieller Rahmenbedingungen für Schlüsselinfrastrukturen sowie die bessere Verzahnung ambulanter Vorsorgeleistungen mit Hausärztinnen und Hausärzten, Krankenkassen und Reha-Trägern.

7. Wirtschaftliche Stärke und regionale Wertschöpfung

Heilbäder und Kurorte sind nicht nur Gesundheits- und Präventionsstandorte, sondern bedeutende Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Standortfaktoren - insbesondere im ländlichen Raum. Bundesweit machen rund 360 Heilbäder und Kurorte sowie weitere rund 700 Luftkurorte, Seebäder und Erholungsorte knapp 10 Prozent aller Städte und Gemeinden aus. Sie generieren rund 28 Prozent aller Übernachtungen in Deutschland, rund 260 Millionen Tagesgäste und etwa 25 Milliarden Euro Bruttoumsatz.

Auch in Bayern ist ihre wirtschaftliche Bedeutung messbar: Die bayerischen Heilbäder und Kurorte verzeichneten im Jahr 2024 insgesamt 79,9 Millionen touristische Aufenthaltstage. Daraus entstand

ein touristischer Bruttoumsatz von rund 5,6 Milliarden Euro und eine touristische Wertschöpfung von rund 2,9 Milliarden Euro. Allein aus Mehrwert- und Einkommensteuer resultierten rund 520,8 Millionen Euro; hinzu kommen weitere kommunale Einnahmen.

Damit Heilbäder und Kurorte ihre Rolle als Präventions- und Gesundheitsstandorte dauerhaft erfüllen können, brauchen sie verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Dies betrifft insbesondere die Sicherung und Modernisierung von Schlüsselinfrastrukturen wie Thermen, Kurmittelhäusern, Gesundheitseinrichtungen, Bewegungs- und Erholungsräumen sowie eine auskömmliche Vergütung kurörtlicher und heilmittelbezogener Leistungen.

Die staatliche Prädikatisierung ist kein bloßes touristisches Etikett. Sie ist ein Qualitäts-, Finanzierungs- und Entwicklungsinstrument. Sie schafft Vertrauen, sichert Standards, ermöglicht zweckgebundene kommunale Finanzierung und stärkt die Widerstandsfähigkeit der Orte.

Die Prädikatisierung begründet damit auch eine besondere gesundheitspolitische Eignung: Sie macht sichtbar, dass die Orte definierte Qualitätsanforderungen erfüllen, gesundheitsbezogene Infrastruktur vorhalten und als verlässliche Partner für Prävention, Vorsorge und regionale Versorgung eingesetzt werden können.

8. Gesundheitstourismus als ressortübergreifendes Zukunftsfeld

Prävention ist ein zentraler Bestandteil eines zukunftsfähigen Gesundheitstourismus. Heilbäder und Kurorte verbinden gesundheitsbezogene Angebote mit Aufenthaltsqualität, regionaler Wertschöpfung, medizinisch-therapeutischer Kompetenz und kommunaler Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund sollten Heilbäder und Kurorte auch in der Nationalen Tourismusstrategie des Bundes stärker berücksichtigt werden. Gesundheitstourismus, Prävention, Vorsorge und Rehabilitation sind Zukunftsfelder mit erheblichem gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Potenzial.

Ein novelliertes Präventionsgesetz und eine weiterentwickelte Nationale Tourismusstrategie sollten daher zusammengedacht werden: Prävention braucht qualitätsgesicherte Orte, und der Gesundheitstourismus braucht verlässliche gesundheitspolitische Rahmenbedingungen.

9. Betriebliche Gesundheitsprävention verbindlicher ausgestalten

Angesichts steigender Krankenstände, psychischer Belastungen und des Fachkräftemangels sollte betriebliche Gesundheitsprävention künftig verbindlicher ausgestaltet werden. Wenn Arbeitgeber bereits bei der Altersvorsorge und betrieblichen Absicherung stärker in Verantwortung genommen werden, sollte auch die präventive Sicherung von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit stärker in den Blick genommen werden.

Der Bayerische Heilbäder-Verband regt an zu prüfen, ob Arbeitgeber künftig verpflichtet werden sollten, ihren Beschäftigten regelmäßig Zugang zu qualitätsgesicherten Präventionsangeboten zu ermöglichen. Dies sollte insbesondere durch Anreize, steuerliche Förderung, Kooperationen

mit Krankenkassen und niedrigschwellige Programme in anerkannten Heilbädern und Kurorten unterstützt werden.

Ergänzend sollte geprüft werden, wie Krankenkassen, Arbeitgeber und Hausärztinnen beziehungsweise Hausärzte stärker in einen gemeinsamen Präventionspfad eingebunden werden können. Ziel ist nicht ein zusätzliches Bürokratieinstrument, sondern eine verbindlichere Struktur, die Präventionsbedarfe erkennt und Versicherte gezielt in wirksame Angebote steuert.

10. Bund-Länder-Prüfauftrag: Sonderlasten und Wettbewerbsgleichheit

Prädikatisierte Heilbäder und Kurorte tragen besondere Lasten: Sie halten gesundheitsbezogene Infrastruktur vor, erfüllen Qualitäts- und Anerkennungsstandards, finanzieren Kur- und Erholungsräume und sichern Leistungen, von denen Gäste, Einheimische und regionale Versorgungsstrukturen profitieren.

Der Bund sollte gemeinsam mit den Ländern prüfen, wie prädikatisierte Heilbäder und Kurorte bei der Finanzierung ihrer besonderen Gesundheits- und Präventionsinfrastruktur unterstützt werden können. Ziel muss sein, Sonderlasten aus staatlicher Anerkennung, Qualitätsanforderungen, Kurinfrastruktur und Vorhaltung gesundheitsbezogener Angebote angemessen zu berücksichtigen und Wettbewerbsgleichheit zwischen den Ländern zu fördern.

11. Politisches Zielbild

1. Prävention als eigenständige Säule des Gesundheitswesens stärken - gleichwertig neben Akutversorgung, Rehabilitation und Pflege.
2. Heilbäder und Kurorte ausdrücklich im SGB V als qualitätsgesicherte Präventionsstandorte verankern.
3. Prävention messbar machen - anhand belastbarer Indikatoren wie Krankenstand, Arbeitsfähigkeit, Frühverrentung, chronische Erkrankungen, Pflegebedürftigkeit und Gesundheitskompetenz.
4. Regionale Gesundheitsstrukturen stärken - Heilbäder und Kurorte als Versorgungsanker im ländlichen Raum, als attraktive Standorte für Ärztinnen, Ärzte und Gesundheitsberufe sowie als Knotenpunkte interdisziplinärer Gesundheitsnetzwerke und kommunaler Präventionsstrategien einbinden.
5. Betriebliche Gesundheitsförderung wirksamer und verbindlicher gestalten.
6. Prävention von Pflegebedürftigkeit ausbauen und pflegende Angehörige stärker unterstützen.
7. Gesundheitstourismus als ressortübergreifendes Zukunftsfeld in Präventions- und Tourismusstrategie verankern.
8. Ambulante Vorsorgeleistungen stärken, und Bewilligungspraxis vereinfachen und einen regelhaften hausärztlichen Präventionsstatus als Zugangspfad prüfen.

12. Zusammenfassung der politischen Lösungsvorschläge

Handlungsfeld	Politischer Vorschlag
Präventionsgesetz	Heilbäder und Kurorte als qualitätsgesicherte Präventions- und Gesundheitstandorte und sowie gesundheitsförderliche Lebenswelten verankern.
Betriebliche Prävention	Kooperationen mit Heilbädern und Kurorten erleichtern und Arbeitgeberprävention verbindlicher ausgestalten.
Ambulante Vorsorge / Präventionsstatus	Bewilligungspraxis vereinfachen, und Verzahnung mit Hausärzten, Kassen, Rentenversicherung und Reha-Trägern stärken.
Pflegeprävention	Angebote für ältere Menschen, vulnerable Gruppen und pflegende Angehörige ausbauen und regelhaften hausärztlichen Präventionsstatus prüfen.
Finanzierung	Schlüsselinfrastrukturen und kurörtliche Sonderlasten stärker berücksichtigen; Bund-Länder-Prüfauftrag zur Wettbewerbsgleichheit.
Regionale Gesundheitsstandorte ressortübergreifend integrieren	Prävention, Vorsorge und Rehabilitation ressortübergreifend in der Nationalen Tourismusstrategie sichtbar verankern. Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Aufenthaltsqualität als Folge starker Gesundheits- und Präventionsstandorte darstellen.
Evaluation	Wirkung von Prävention anhand belastbarer Indikatoren wissenschaftlich begleiten.
Integrierte Versorgungspfade	Heilbäder und Kurorte als Gesundheitsversorger, Vernetzungsknoten und attraktive Standorte für Ärztinnen, Ärzte und Gesundheitsberufe im ländlichen Raum stärken.

13. Schlussbemerkung

Deutschland braucht eine Gesundheitsstrategie, die Prävention, Eigenverantwortung, regionale Strukturen und messbare Wirkung in den Mittelpunkt stellt.

Heilbäder und Kurorte stehen bereit, diesen Wandel mitzugestalten. Sie verfügen über Infrastruktur, Erfahrung, regionale Verankerung, medizinisch-therapeutische Kompetenz und wirtschaftliche Bedeutung, um Prävention konkret, qualitätsgesichert und bürgernah umzusetzen. Sie sind damit bestehende Gesundheitsstandorte, die Prävention, Versorgung, Rehabilitation und regionale Wertschöpfung im ländlichen Raum miteinander verbinden.

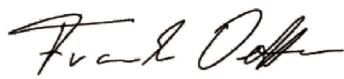
Der Bayerische Heilbäder-Verband appelliert daher an die Bundespolitik: Machen Sie Heilbäder und Kurorte zu festen Partnern einer modernen Präventionspolitik – für mehr Gesundheit, weniger Pflegebedürftigkeit, bessere Versorgung im ländlichen Raum, starke regionale Wertschöpfung, lebendige Kommunen und ein zukunftsfestes Gesundheitswesen.

Grundlagen des Positionspapiers

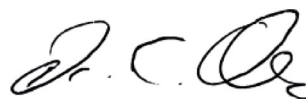
- Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, Präventionsgesetz 2015, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2015 Teil I Nr. 31.
- Synopse Präventionsgesetz/SGB V - Berücksichtigung von Heilbädern und Kurorten.
- Vorschläge zur Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes mit Fokus auf Heilbäder und Kurorte.
- PROJECT M: Neuausrichtung der Interessenvertretung des Kur- und Bäderwesens auf Bundesebene, Ergebnisbericht, 08.05.2026.
- dwif: Prädikatisierung & Effekte sowie Wirtschaftsfaktor Tourismus in den Heilbädern und Kurorten in Bayern 2024.
- Grafische Darstellung „Heilbäder: Wo die Volkskrankheiten Deutschlands auf Prävention treffen“.
- Vorstandsinterne Rückmeldung zur Rolle der Heilbäder und Kurorte als Gesundheitsstandorte, Versorgungsanker und interdisziplinäre Netzwerkknoten im ländlichen Raum.



Peter Berek
1. Vorsitzender



Frank Oette
Geschäftsführer



Dr. Christian Alex
Beratender Arzt



Caroline Geiser
Hauptstadtbüro